

Schreiben als Praxis der Selbst-Beheimatung: Briefe aus der Bevölkerung an Politiker und politische Institutionen nach 1950

Fenske, Michaela

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fenske, M. (2014). Schreiben als Praxis der Selbst-Beheimatung: Briefe aus der Bevölkerung an Politiker und politische Institutionen nach 1950. *BIOS - Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen*, 27(1-2), 125-138. <https://doi.org/10.3224/bios.v27i1-2.22122>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Schreiben als Praxis der Selbst-Beheimatung

Briefe aus der Bevölkerung an Politiker und politische Institutionen
nach 1950

Michaela Fenske

Zusammenfassung

Schriftliche Mitteilungen an politische Machthaber sind seit der Vormoderne ein wichtiges Instrument der Teilhabe der Bevölkerung. Weitgehend unbeachtet von Wissenschaften und Öffentlichkeit, gehört das Schreiben auch in der Bundesrepublik Deutschland zu den politischen Praktiken der Bevölkerung. So schrieben spätestens seit den 1950er Jahren wieder zunehmend jene Bürgerinnen und Bürger an Politiker sowie politische Institutionen der Bundesrepublik, die mit vergleichsweise wenig ökonomischem, sozialem, kulturellem und symbolischem Kapital ausgestattet waren. Als Medien politischer Kommunikation ermöglichten die Briefe den Schreibenden unter anderem, sich selbst zu beheimaten, sich den neuen Staat und seine Grundlagen sowohl anzueignen als auch, diese mit zu entwerfen und zu gestalten. Konzeptuelle Grundlage des vorliegenden Beitrags ist eine Anthropologie des Schreibens, in deren Zusammenhang Schreiben als kreative Praxis der Weltaneignung und Weltauslegung begriffen wird. Die hier untersuchten Briefe eröffneten den Schreibenden besondere Möglichkeitsräume. Schreiben bot nicht nur individuell eine Möglichkeit der Bewältigung des Erlebten und der Orientierung, schreibend setzten sich die Bürgerinnen und Bürger auch zum Staat in Beziehung. Dabei zeigten sie immer wieder, welche Praktiken aus dem offiziellen politischen Feld bei ihnen auf Resonanz stießen und welcher Maßnahmen es aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger bedurfte, um sich heimisch zu fühlen. Jenseits der in ihnen dargestellten Belange verdeutlichen die Briefe mittelbar auch, wie viele Hürden manche Schreiberinnen und Schreiber auf dem Weg der Selbst-Beheimatung zu überwinden hatten und wie viele Mitglieder der Bevölkerung sich in der Bundesrepublik ausgeschlossen fühlten.

1. Einleitung

„Wenn Du denkst, was geht’s mich an bleibst Du ewig Untertan!“¹ Mit diesem Postsonderstempel bemühte sich die Bundeszentrale für Heimatdienst 1953, den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland die Demokratie als neue politische Ordnung nahezubringen. Verlangt war „demokratische Mitarbeit“, konkret ging

1 Hier und im Folgenden: Bundesarchiv, Koblenz, Bestand B168/52. Soweit nicht anders angemerkt beruhen die Angaben in dem vorliegenden Beitrag auf meiner 2012 abgeschlossenen Habilitationsschrift (Fenske 2013, hier 52).

es bei der Werbung um eine höhere Wahlbeteiligung. Der Stempel selbst war Teil eines Preisausschreibens, in dem für den besten Werbespruch demokratischer Gesinnung die damals ansehnliche Summe von 500 DM zu gewinnen waren. Der Spruch für den Untertan-Stempel machte immerhin den dritten Platz und wurde noch mit 25 DM prämiert. Die dem Spruch beige-sellte Figur sorgte allerdings im Postministerium für einigen Ärger. Dass der dargestellte Untertan ein Tuch um sein Gesicht gewickelt hatte und damit mehr Zahnschmerz symbolisierte als demokratischen Eifer, schien den Verantwortlichen gemäß einem internen Memo „sinnlos und ungerechtfertigt“.

Eher ungewollt deutete der Stempel mit seinem irritierenden Zusammenspiel von Spruch und Grafik an, dass die Demokratisierung der deutschen Gesellschaft nach dem Krieg kein leichtes Unterfangen war. Bürgerlichen Intellektuellen bereitete die Frage danach, wie die Deutschen für die Demokratie zu begeistern waren, einige Kopfschmerzen. In den 1960er Jahren fassten die amerikanischen Politikwissenschaftler Gabriel Almond und Sidney Verba das verbreitete intellektuelle Unbehagen an der zögerlichen Demokratisierung in die Feststellung einer beharrlichen deutschen „Untertanenkultur“ (Almond/Verba 1963). Die deutsche Bevölkerung war demnach nicht oder nur zögerlich bereit, sich für das demokratische System zu engagieren. Diese Kritik übersah allerdings, dass sich die Bundesbürgerinnen und -bürger den neu gegründeten Staat und seine Ordnungen inzwischen bereits zu eigenen Bedingungen aneigneten: Sie setzten beispielsweise den auf dem Brief befindlichen Aufruf zur politischen Partizipation direkt um, indem sie an politisch Verantwortliche schrieben. Diese Schreibfreude der Bundesbürgerinnen und -bürger in der deutschen Nachkriegszeit lag lange Zeit weitgehend unterhalb des Wahrnehmungsradsars der Verantwortlichen in Politik, Gesellschaft und Wissenschaften. Ein Grund für diese Vernachlässigung ist möglicherweise darin zu sehen, dass – orientiert an offiziell vorgesehenen Praktiken politischer Partizipation – das massenhafte Schreiben der Bevölkerung in einem demokratischen Staat nicht dem Erwartungshorizont der Deutung gebenden Akteure entsprach.²

Die Nutzung eines seit der Vormoderne in Europa üblichen Instruments politischer Kommunikation in der deutschen Nachkriegszeit unterstreicht auf den ersten Blick die These von der Untertanenmentalität der deutschen Bevölkerung. Insbesondere Bittbriefe, auch nach dem Krieg häufig noch im demonstrativ devoten Stil des Kaiserreichs abgefasst,³ sind dazu angetan, das Urteil eines in Unmündigkeit verharrenden Bürgers zu bestätigen. Demgegenüber wird hier eine andere Lesart der massenhaften Bürgerpost vorgeschlagen. Ausgehend von einem weiten Verständnis von politischer Kultur, werden die Briefe aus der Bevölkerung im Folgenden als Medien politischer Teilhabe gelesen. Mit dieser Lesart verbunden ist die Auffassung, dass informelle Praktiken seit der Vormoderne in den jeweiligen „Feldern politischer Pra-

2 Das Schreiben der Bevölkerung an Vertreter in anderen politischen Systemen ist dagegen in der historischen Forschung behandelt worden. Das betrifft u.a. das Schreiben der Bürgerinnen und Bürger an politische Repräsentanten und Institutionen in der Deutschen Demokratischen Republik. Vgl. z.B. Betts 2010, Lüdtk/Becker 1997.

3 Dieser Modus des schriftlichen Bittens ist charakteristisch für autokratische politische Systeme wie Kaiserreich und Diktatur. Vgl. z.B. Bender 2009, Eberle 2009. Der Germanist Helmut Ebert hat in seiner vergleichenden Untersuchung von Petitionen in Ost- und Westdeutschland nach der deutschen Wiedervereinigung nachgewiesen, dass die ehemaligen DDR-Bürgerinnen und Bürger sich bevorzugt der Schreibstrategien von Ego-Erniedrigung und Alter-Erhöhung bedienten, zudem betont persönlich und expressiv schrieben (Ebert 2001).

xis“⁴ wirksam waren (vgl. auch Fiskesjö 2003). Die Annahme einer politischen Fortschrittsgeschichte, zu der auch der Verzicht auf informelle Praktiken des Politischen gehört bzw. die Annahme von deren zunehmender Wirkungslosigkeit auf offizieller politischer Ebene, ist demnach fragwürdig. Nach der hier vertretenen Ansicht kommt es vielmehr darauf an nachzuvollziehen, wie informelle Praktiken in unterschiedlichen politischen Feldern jeweils aktualisiert, angeeignet, genutzt und dabei auch immer wieder umgedeutet werden. Gerade auf dem Feld der Kommunikation, die jedes politische System auszeichnet (Frevert 2005), erweist sich ein näherer Blick als ausgesprochen lohnenswert.

Mit ihren Briefen – so die These des vorliegenden Beitrags – „beheimatete“⁵ sich die Bevölkerung im neuen Staat und beteiligte sich zugleich am langwierigen Prozess der Aushandlung der bundesrepublikanischen Nachkriegsdemokratie. Zugleich gliichen die Schreibenden mit ihrer informellen Teilhabe Defizite der politischen Ordnung der Bundesrepublik aus und versuchten, die Effekte der ungleichen Verteilung der von Pierre Bourdieu für das politische Feld als entscheidend herausgestellten sozialen, kulturellen, ökonomischen und symbolischen Kapitalien (z.B. Bourdieu 2001) zu mildern.

2. Das Schreiben im deutschen Nachkrieg im Kontext einer Anthropologie des Schreibens

Mit den Anglisten David Barton und Uta Papen wird Schreiben hier als Herzstück der Kommunikation in modernen Gesellschaften begriffen (Barton/Papen 2010). Eine Anthropologie oder Ethnografie des Schreibens im Kontext kulturanthropologischer Wissenschaften zielt auf das Schreiben als Alltagspraxis. Schreiben gilt demnach als ein kreativer Akt sowohl der Weltaneignung als auch der Weltgestaltung. In diesem Sinn eröffneten die Briefe an Politiker und politische Institutionen zunächst zeitgenössischen Erfahrungen und Wahrnehmungen einen Raum. Mit dem Psychoanalytiker Donald Winnicott sind Briefe dabei als individuelle „Möglichkeitsräume“ lesbar (z.B. Winnicott 1975)⁶. So wurden Briefe auch im Kontext der politischen Kommunikation genutzt, um die eigenen Gedanken und Gefühle zu ordnen, um sich selbst zu ermächtigen und um die Wirksamkeit des eigenen Handelns zu erleben. Nicht nur der Inhalt, auch die materiellen bzw. physischen Aspekte der Briefe (vgl. Fenske 2013: 71-99) –

4 Das hier sehr stark vereinfachte Konzept der „Felder politischer Praxis“ (Binder 2013) wird gewählt, da es die im Fach Europäische Ethnologie übliche weite Perspektive auf politische Kultur ermöglicht, ohne die oft vorherrschende Oben-Unten-Perspektive zur Beschreibung des Machtgefälles der handelnden Akteure bereits sprachlich fort- bzw. festzuschreiben und damit auch konzeptuell zu übernehmen (vgl. z.B. Frevert 2015). Zugleich ermöglicht das von Beate Binder stark gemachte Konzept eine Verbindung von Ansätzen der historischen Erforschung politischer Kultur (etwa im Kontext der Europäischen Ethnologie z.B. Lipp 1996, zur Rezeption dieses Ansatzes Fenske 2010) mit neuen Ansätzen der politischen Anthropologie (z.B. Adam/Vonderau 2014).

5 Mit Selbst-Beheimatung ist hier ein aktiver Prozess gemeint, in dem nach dem Zweiten Weltkrieg ein Gefühl des Zuhause-seins hergestellt werden musste und es galt, wieder „Gefühle der Zugehörigkeit und Loyalität“ (Binder 2008: 12) zu entwickeln. Das betraf Zugehörigkeit zu dem neuen Staat ebenso wie zu dem einen oder anderen neu gegründeten Bundesland, zu neu verabschiedeten oder aktualisierten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen und deren ideellen Grundlagen. Sich zu beheimaten bedeutete sowohl, sich das Neue anzueignen, als auch das Neue mit zu entwerfen und zu gestalten.

6 Dass Briefe spezifische Erfahrungs- und Handlungsräume eröffnen, gehört auch zu den Kernaussagen anderer hier herangezogener kulturwissenschaftlicher Konzepte. Vgl. z.B. Götz/Löffler/Speckle 1993.

ihre äußere Gestaltung, die Handschrift der Schreibenden (vgl. Nikitsch 2014) oder die Raumnahme auf dem Blatt – geben der heutigen Wissenschaft Einblicke in das Erleben der damaligen Schreibenden.

Die selbst-ermächtigende Wirkung des Schreibens gilt insbesondere für solche Schreiberinnen und Schreiber, die wie Franziska S. im Nationalsozialismus verfolgt worden waren. S. schrieb 1954 mehrere Eingaben an den Bundestag sowie an den niedersächsischen Landtag,⁷ mit denen sie ihre offizielle Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus erreichen wollte. Über die Anerkennung des im Nationalsozialismus geschehenen Unrechts stritt die Republik noch Jahrzehnte –Norbert Frei, José Brunner und Constantin Goshler sprechen in diesem Zusammenhang von einem komplizierten Lernprozess der westdeutschen Gesellschaft (Frei/ Brunner/Goshler 2009). Franziska S. gab sich, was die Erfolgsaussichten ihrer Briefe betraf, wenig Hoffnungen hin: „Ich weiß das Sie nichts an meiner Sache tun werden“⁸. Trotzdem schilderte sie den Politikern in Bund und Land ausführlich, was ihr widerfahren war. In ihren Briefen stellte sich S. der emotionalen Herausforderung, das Erlittene nochmals zu durchleben. Indem sie es benannte und sich selbst zur Meisterin ihrer Geschichte machte, war aus dem Opfer eine tätige Schreiberin geworden. Dieser ermächtigende Effekt des Schreibens kann angesichts der zumeist äußerst geringen Erfolgsaussichten die Beharrlichkeit des Schreibens mancher im Nationalsozialismus geschädigten Person erklären helfen. Darüber hinaus half das Schreiben den Bürgern immer wieder auch ganz konkret, drängende Alltagsprobleme zu lösen.

Als gesellschaftlicher Möglichkeitsraum erlaubte das Schreiben zudem eine Auseinandersetzung mit dem Staat, seinen Repräsentanten und deren Politik. Es unterstützte damit wesentliche Lernprozesse, darunter auch das Erlernen von Demokratie bzw. eine Verhandlung des mit Demokratie jeweils Gemeinten. Im Kontext einer Geschichte der politischen Kultur liest sich das Schreiben der Bevölkerung mithin auch als eine Praxis politischer Teilhabe. Dort, wo die Briefe der Bevölkerung nicht vom offiziellen politischen System eingehegt wurden, wie im Fall der Petition, forderten sie das politische System explizit heraus. Dies ist etwa der Fall bei den persönlichen Briefen an Politiker, die ich in Anlehnung an die Begriffsprägung durch den Europäischen Ethnologen Harm Peer Zimmermann (2005; 2008) als Bürgerbriefe bezeichne. Briefe erwiesen sich damit im Sinne der Themenstellung der diesem Beitrag zugrunde liegenden Tagung „Mensch und Staat“ auch als konkrete Mittler zwischen den Ebenen staatlichen Handelns und lebensweltlichen Erlebens bzw. zwischen konkret sehr verschiedenen Feldern politischer Praxis.

Bevor im Folgenden die Anliegen und Themen der Briefe, ihr besonderes Potential als Mittler zwischen den verschiedenen Feldern politischer Praxis sowie die Effekte des Schreibens vorgestellt werden, kurz zu den wenigen vorhandenen statistischen Informationen der westdeutschen Schreibfreude.

7 Hier und im Folgenden Petitionen an den niedersächsischen Landtag, Archiv des Niedersächsischen Landtags, VA/AB A 1991, Nr. 313. Zitate werden in der ursprünglichen Diktion wiedergegeben.

8 Ebd., 05.07.1954, 4.

3. Die Schwierigkeiten der Statistik: Angaben zu Briefaufkommen und Sozialstruktur der Schreibenden

Retrospektiv lässt sich die Frage nach dem Gesamtvolumen des Schreibens der Bevölkerung an politisch Verantwortliche in den hier interessierenden ersten drei Jahrzehnten des Bestehens der Bundesrepublik nur sehr bedingt beantworten. Das hängt einerseits mit der Menge an potentiellen Adressaten von Briefen auf den verschiedenen politischen Ebenen zusammen. Hinzu kommt der ungesicherte Rechtsstatus der meisten Briefe. Im Fall der Bürgerbriefe ist dies in ihrem verfassungsmäßig nicht gesicherten Status begründet. Während nach der Französischen Revolution in vielen europäischen Verfassungen ein Petitionsrecht der Bevölkerung an Verfassungsorgane eingeführt wurde, besaßen persönlichen Briefe an Politiker keinen vergleichbaren „offiziellen“ Status. Fortan existierten einerseits Petitionen, die vom offiziellen politischen System buchstäblich inkorporiert und damit auch weitgehend ihres möglichen Störungspotentials für das politische System entledigt wurden, und andererseits „Bürgerbriefe“. Gemäß amtlicher Statistik trafen im deutschen Bundestag von 1950 bis 1976 knapp 150.000 Petitionen ein; im zweitgrößten Flächenstaat Westdeutschlands, Niedersachsen, waren es im gleichen Zeitraum etwa 30.000 Petitionen (Fenske 2013: 15 f.).

Aufgrund ihres ungeklärten Rechtsstatus sind Bürgerbriefe in Westdeutschland eher zufällig und hier vor allem auf Landesebene oder aus dem Umfeld spezifischer politischer Anlässe wie etwa im Falle von Misstrauensvoten überliefert. Auf Bundesebene müssen Bürgerbriefe ungleich häufiger als auf der Ebene der Bundesländer gewesen sein: Der erste Bundespräsident, Theodor Heuss, erhielt in seiner Amtszeit beispielsweise täglich mehr als 500 Briefe (Werner 2010; gegenüber den drei bis fünfzehn Briefen, die im gleichen Zeitraum in der niedersächsischen Staatskanzlei eintrafen, vgl. Fenske 2013: 16); und Bundeskanzler Willy Brandt erreichten im Zuge des gegen ihn gerichteten Misstrauensvotums vom April 1972 über 9.000 Briefe (Manke 2008). Für das Bundesland Niedersachsen, dessen Schreiben hier beispielhaft im Mittelpunkt stehen, lassen sich in den Nachlässen und Handakten der Ministerpräsidenten für die Zeit von 1950 bis 1975 immerhin noch einige Tausend Briefe finden. Insgesamt nahm die Schreiblust der Bevölkerung seit ihrem Beginn um 1950 tendenziell zu und ist bis heute ungebrochen. Ungeachtet ihrer Unvollständigkeit deuten die vorliegenden Zahlen eine bemerkenswerte Tendenz an: Insgesamt wurden und werden bis heute mehr Bürgerbriefe als Petitionen geschrieben. Mit ihrer direkten politischen Kommunikation setzte die Bevölkerung also eher auf informelle denn auf verfassungsmäßig vorgesehene Medien.

Der Form nach müssen Briefe, abgesehen von Name und Anschrift, keine weiteren Angaben zur Person enthalten. Dementsprechend machten die Schreibenden von weiteren Selbstaussagen unterschiedlichen Gebrauch. Das reicht von mehrseitigen Lebenserzählungen, welche die Bedeutung der Briefe als Egodokumente unterstreichen, bis dahin, dass der eigene Name vergessen oder im Falle von Schmähbriefen sogar bewusst verschwiegen wurde. Grundsätzlich blieb der Brief aus der Bevölkerung an politische Mandatsträger wie in den Jahrhunderten zuvor auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch allgemeine Nutzung geprägt. So schrieben auch Angehörige der Elite Bürgerbriefe oder Petitionen. Allerdings standen der Elite weitere Mittel der politischen Teilhabe zur Verfügung, über die die Mehrheit der Schrei-

benden nicht verfügte. In den ersten drei Jahrzehnten des Bestehens der Bundesrepublik schrieben insbesondere solche Mitglieder der Bevölkerung an politisch Verantwortliche, die über wenig wirtschaftliche, soziale, symbolische und kulturelle Kapitalien verfügten. Dieses Manko versuchten sie durch ihren Einsatz als Schreiberin oder Schreiber auszugleichen. Dabei schrieben eher Männer als Frauen, eher Städter als Leute aus dem ländlichen Raum, eher Eingesessene als neu Hinzugekommene sowie eher Personen in der Mitte des Lebens als junge Leute.

Die überwiegende Zugehörigkeit zu mittleren und unteren Bevölkerungsschichten bedingte eine spezifische Perspektive der Schreibenden. Es schrieben nämlich vor allem jene, die nicht ankamen im „Wirtschaftswunderland“⁹, die von sozialer und ökonomischer Teilhabe ausgeschlossen blieben. Indem sie Möglichkeiten für ihre Teilhabe ausloteten, verhandelten diese Bürgerinnen und Bürger zugleich die ideellen Grundlagen der Republik.

4. Von Grundbedürfnissen des täglichen Lebens bis hin zur neuen deutschen Ostpolitik: Anliegen und Themen der Briefe

Als individuelle Dokumente gesellschaftlicher Aushandlungen lenken die Briefe aus heutiger wissenschaftlicher Perspektive den Blick auf konkrete Bedürfnisse, Erwartungen und Konfliktlagen in den ersten drei Jahrzehnten des Bestehens der Bundesrepublik. Damit ermöglichen sie einen Einblick in zeitgenössisches Erleben und Deuten jenseits späterer Erfolgsgeschichten – seien dies auf die Republik als Ganze bezogene Erfolgsgeschichten von Historikerinnen und Historikern, seien dies Entwürfe individueller Biographien durch die Zeitgenossen selbst.

Sich zu beheimaten, stellte viele Schreibende in den 1950er Jahren noch vor existentielle materielle Probleme. Vielen fehlte es am Lebensnotwendigen; gesucht wurde insbesondere ein Dach über dem Kopf, das mehr als ein dürftiges Provisorium war. Das von Hanna Schissler als kulturelles Konstrukt analysierte Leitbild der „Normalität“ drückte in vielen Briefen die tiefe Sehnsucht der Menschen nach der Selbstverständlichkeit und Geborgenheit des Vertrauten aus (Schissler 2001). Wie das Wenige gerecht verteilt werden konnte, wurde durch Normen, Ordnungen und Gesetze geregelt. Dabei erwiesen sich in den alltäglichen Lebenswelten die offiziell verkündeten und auf dem Papier garantierten Rechte angesichts der konkreten Vergabepraktiken aus Sicht der Bedürftigen oft als hohle Versprechen. Regierung und Gesetzgeber wurden daher häufig brieflich aufgefordert, vor Ort für mehr Gerechtigkeit zu sorgen und den Bedürftigen das ihnen Garantierte auch zukommen zu lassen. Angesichts ihrer anhaltend dürftigen Wohnbedingungen wies etwa die Schreiberin F. 1955 auf die Diskrepanz zwischen den auf öffentlichen Bühnen gemachten Versprechen und den in ihrem Alltag nicht spürbaren Auswirkungen hin. Sie empfand ihre andauernde unzulängliche Wohnsituation als eine Missachtung ihrer Bürgerrechte in der neuen Republik, in der Anspruch und Wirklichkeit noch weit auseinander lagen:

Wohl wäre ich sehr zufrieden, wenn ich wenigstens ein Menschenwürdiges Leben führen könnte, wie es ja jeden deutschen Bürgers Recht ist und vor der

9 Diese Umprägung der Bezeichnung für das in allgemeinen Darstellungen sogenannte „deutsche Wirtschaftswunder“ stammt von dem Schreiber Willi S., Petitionen an den niedersächsischen Landtag, Archiv des Niedersächsischen Landtags, VAAB A 1991. Nr. 321, 27.12.1969.

letzten Wahl auch hoch und heilig versprochen wurde, ja wiederholt zugesichert wurde. Doch dem ist nicht so, die Wirklichkeit sieht in Wahrheit grausam aus. Die Menschenwürde und des Menschen Recht steht nur auf dem Papier, gelegentlich wird auch häufig im Rundfunk davon gesprochen, und zwar, wenn es im Parlament um die Erreichung irgendwelcher hohen politischen Ziele geht. Doch im Leben einzelner deutscher Bürger wird die Menschenwürde tot geschwiegen.¹⁰

Die briefliche Argumentation verlangte zumeist ein Nachdenken über die Ursachen der jeweiligen Probleme. Die neue Beheimatung setzte damit häufig auch eine Auseinandersetzung mit dem Gewesenen voraus. Ein wesentliches Bedürfnis vieler Schreiberinnen und Schreiber war in diesem Zusammenhang die Klärung der Verantwortung für den Krieg und seine Folgen, bevorzugt auf den Aspekt von „Schuld“ reduziert. Nur wenige Schreiberinnen und Schreiber waren bereit, in diesem Zusammenhang eine eigene Verantwortung zu erkennen – eine Haltung, die sie mit offiziellen Repräsentanten der Politik teilten.¹¹ Im Ringen um Schuld, die Erfüllung aktueller Bedürfnisse und deren jeweilige Berechtigung ermöglichte das Schreiben auch Trauerarbeit. Entgegen einem verbreiteten Missverständnis der Thesen von Alexander und Margarethe Mitscherlich (1980) erwiesen sich die Deutschen dabei nicht grundsätzlich als unfähig zu trauern. Es wurde getrauert, jedoch wesentlich um das Eigene, um das mithin, was man selber verloren hatte: Angehörige, Besitz, ein Zuhause, Lebensjahre, körperliche Versehrtheit, Geborgenheit etc. Auffällig im Vergleich zu den Briefen späterer Zeit ist, wie sehr die Schreibenden in den 1950er Jahren in ihren Argumentationen auf faschistische Ideologie zurückgriffen bzw. auf solche des Kaiserreichs.

Die Briefe der 1960er Jahre spiegeln, wie die später in den Schlagworten von Demokratisierung und Liberalisierung zusammengefassten gesamtgesellschaftlichen Dynamiken auf lebensweltlicher Ebene zu Spannungen führten. Wer Krieg und Nachkriegszeit aktiv miterlebt hatte, fühlte sich von der vermeintlichen Ordnungslosigkeit (in den Briefen ist häufig von „Wildheit“ die Rede) der nach dem Krieg Geborenen schnell provoziert. Regierung und Gesetzgeber wurden von diesen Schreiberinnen und Schreibern in ihrer Rolle als Garanten von Ruhe und Ordnung angesprochen. Aus heutiger Perspektive ist bemerkenswert, wie schnell die Erinnerung an Krieg und Nachkrieg sowie die Verbitterung über das nach dem Krieg nur teilweise wieder „normalisierte“ Leben in alltäglichen Konflikten aufschien. Die mühsam errungene Geborgenheit der älteren Generation erwies sich unter Umständen bereits angesichts einer von ihnen als zu liberal empfundenen Erziehung kleiner Kinder als gestört. Ordnung, Reinlichkeit und Ruhe erwiesen sich als Leitmetaphern vieler Briefe älterer Schreibender dieser Jahre. So schimpfte etwa der 72-jährige Alois J. über die Präsenz unkontrollierter Kinder im öffentlichen Raum:

10 Petitionen an den niedersächsischen Landtag, Archiv des Niedersächsischen Landtags, VAAB A 1991, Nr. 315, 12.05.1955.

11 So reichte beispielsweise in Niedersachsen die Verstrickung offizieller politischer Repräsentanten in das faschistische Regime bis weit in die sozialdemokratische Partei hinein. Die Politikwissenschaftlerin Teresa Nentwig hat erst kürzlich darauf hingewiesen, wie weitgehend der erste in Niedersachsen regierende Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf in die Verbrechen des NS-Regimes verstrickt war. Vgl. Nentwig 2013.

Wo man heute auch hinkommt, sei es in der Straßenbahn, im Geschäft, beim Reittornier [Reitturnier] nur Krach von Kindern ausserdem wo man steht oder sitzt sind die Kinder bei, fassen die Leute an, ob sie die Hände von Schokolade oder sonst schmutzig haben [...].¹²

Zudem war die fehlende Möglichkeit zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe eine wesentliche Motivation, um zu schreiben. Die Bundesrepublik konnte nach Auffassung vieler Schreibender nur dann zur eigenen Heimat werden, wenn sie eine gerechte Verteilung des Vorhandenen ermöglichte. Gerade solche Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters oder anderer Einschränkungen von den ökonomischen und sozialen Ressourcen weitgehend ausgegrenzt blieben, nutzten das Schreiben, um ihre Stimme und Meinung auf der offiziellen Bühne politischen Handels zu Gehör zu bringen. Der Vergleich der zwei verschiedenen politischen Systeme in West und Ost ermöglichte manchen Schreiberinnen und Schreibern zu verdeutlichen, unter welchen Bedingungen ihnen eine Identifikation und Loyalität mit dem eigenen Staat möglich war. Den 60-jährigen Hans P. etwa beschäftigten in seinen langen Briefen an den niedersächsischen Ministerpräsidenten Kopf die Frage, welcher deutsche Staat seinen Bürgern die besseren Lebensbedingungen bot. P. lebte getrennt von seiner in der Deutschen Demokratischen Republik lebenden Familie, er war zum Zeitpunkt des Schreibens arbeits- und wohnungslos. Er bat daher beim Ministerpräsidenten um ein Darlehen, das ihm den Wiedereinstieg in die bürgerliche Normalität ermöglichen sollte:

Meine Frau und mein Junge [...] haben sich [in der DDR] eingefügt und fühlen sich wohl. Sie schreiben mir, was sie sich anschaffen konnten und daß sie glücklich sind. Und ich in meinem Wirtschaftswunderland bin auf den Hund gekommen. Ein armseliger Bettler, dem man nicht helfen kann [...]. Ich kann nicht zurück [in die DDR], weil ich dann ins Gefängnis kommen würde, und würde nie zurückgehen, weil ich mich schämen würde, sagen zu müssen, schaut her, so hat mich das freie Deutschland behandelt, und ich würde nie zurückgehen, weil ich trotz aller Häßlichkeit, die ich in dem freien Deutschland erleben durfte, als freier Mensch sterben will. [...] Und was will ich denn Anderes, als einen auskömmlichen Verdienst für eine gute Arbeit, die ich leisten kann und will, und die Grundlage für ein anständiges Dasein. [...] Ich möchte ein Darlehen, das es mir gestattet, eine kleine Wohnung wohnlich zu gestalten, und das ich zurückzahlen möchte. Ich will nichts geschenkt haben.¹³

In den Briefen der 1970er Jahre zeigt sich eine erweiterte Politisierung der Schreibenden. Jetzt interessierten nicht mehr vornehmlich die Effekte der Beschlüsse des offiziellen Feldes politischer Praxis in den eigenen Lebenswelten. Politik als engeres Feld staatlichen und länderpolitischen Handelns wurde zum Anliegen vieler Schreiberinnen und Schreiber. Die veränderte Haltung der Bürgerinnen und Bürger spiegelt sich zunächst in Form und Gestaltung ihrer Briefe. Diese wurden häufiger mit der Maschine geschrieben, was ihren zunehmend eher nüchternen und geschäftsmäßigen Charak-

¹² Handakten Dr. Georg Diederichs, Hauptstaatsarchiv Hannover, VVP 27, Nr. 56, 01.02.1967.

¹³ Nachlass Hinrich Wilhelm Kopf, Hauptstaatsarchiv Hannover, VVP 6, Nr. 65, 29.05.1960.

ter unterstreicht. Der Briefftyp der Stellungnahme und des Kommentars nahm gegenüber anderen Typen wie Bittbrief, Schmähung oder Huldigung zu. Die Briefe wurden im Ton selbstbewusster, und die stetig zunehmende Länge der Briefe unterstreicht, dass die Bürgerinnen und Bürger mitteilbarer wurden. Den Aufruf des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Willy Brandt, Demokratie zu wagen, eigneten sich die Schreiberinnen und Schreibern höchst eigenwillig an. Dies beinhaltete auch eine engagierte Fortsetzung der Deutungsarbeit an der jüngeren Vergangenheit von Faschismus, Krieg, Flucht und Vertreibung. Die Regeln des Sag- bzw. Schreibbaren legten manche Schreiber dabei im eigenen Interesse recht großzügig aus. Ungewohnt aggressiv lesen sich etwa einige der Briefe, in denen die Ostpolitik der Regierung Brandt kommentiert wird. Karl F. etwa wetterte gegen den 1970 zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion geschlossenen „Moskauer Vertrag“. Dabei verband er mühelos unterschiedliche Versatzstücke der deutschen Geschichte zu seiner eigenwilligen Geschichtsinterpretation:

Auch die Kriecherei unseres Bundeskanzlers in Moskau ohne „Majestätsbeleidigung“ wird das Ende Deutschlands werden, denn die Liquidierung durch die roten Nazis für uns ist beschlossene Sache und nur eine Frage der Zeit, denn wir sind wegen unseres Kinderglaubens in Politik, reif zur Sowjetisierung, welches man in Moskau genau weiß, denn Kaffern würden so einen Vertrag nicht unterschreiben, auch nicht das polnische Volk, denn es glaubt den Sowjets überhaupt nichts außer die Funktionär, welche die sowjetische Gebetsmühle aus Egoismus fleißig drehen helfen und 99 % Wahlerfolge verbuchen, wie die Nazis auch.¹⁴

Vor dem Hintergrund solcher restaurativen Töne erstaunt nicht, dass sich insbesondere Angehörige von im Nationalsozialismus Verfolgten in der Bundesrepublik, möglicherweise speziell im Bundesland Niedersachsen, in dem ein rechtes Milieu besonders wirksam war, nur mühsam zu beheimaten vermochten. Welche politischen Meinungen in Fabriken, an Stammtischen, aber auch in Lehrerzimmern von akademisch Gebildeten vertreten wurden, kam Politikern nicht zuletzt dank des Schreibens der vom politischen Geschwätz Betroffenen zur Kenntnis. Die Realschullehrerein Judith H. schrieb etwa acht maschinengeschriebene Seiten an den niedersächsischen Kultusminister Peter von Oertzen. Darin bat sie aufgrund ihrer Ausgrenzung durch das Lehrerkollegium einer niedersächsischen Schule sowie dessen offen faschistische Haltung um Inschutznahme und Versetzung:

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie nunmehr die Maßnahmen für mich durchführen würden, die ich mir bereits im Oktober vorigen Jahres [...] erhofft hatte, nämlich als ich mich durch meinen Schulleiter gezwungen sah, um die Zurückstellung meiner Versetzung auf meine alleinige Initiative hin zu bitten, besonders nachdem ich dem Schulamit mitgeteilt hatte, daß zeitlich nach meiner Bitte um Zurückstellung meines Gesuchs ein Kollegiumsmitglied Adolf Hitlers „Mein Kampf“, Ausgabe 1941, in die Schule gebracht, alle Kollegiumsmitglieder turnusmäßig hieraus, und zwar besonders die pervers-rassistischen

14 Nachlass Alfred Kubel, Hauptstaatsarchiv Hannover, VVP 28, Nr. 39/1, undatiert.

Passagen, vorgelesen und sich emphatisch-positiv zu dem Zitierten geäußert hatten. Begründet wurde die Kampagne damit, daß man im Fach Gemeinschaftskunde die Schüler nicht nur einseitig, sondern auch dahingehend informieren müßte, daß Hitler letztlich und schließlich ein großer Deutscher gewesen sei, und man nicht dulden dürfe, das sein Andenken noch weiterhin verunglimpft würde.¹⁵

Angesichts des langen Nachwirkens faschistischer Einstellungen in Westdeutschland bot allerdings selbst ein Ortswechsel nur bedingt Chancen auf erfolgreiche Selbst-Beheimatung.

5. Briefe als Mittler zwischen verschiedenen Feldern politischer Praxis

Bereits zu Beginn der 1960er Jahre analysierte der Philosoph Jürgen Habermas klar-sichtig einige Defizite des politischen Systems der jungen Bundesrepublik (Habermas 1961;1992). Demnach war hier die traditionelle Elite vergleichsweise schnell wieder erstarkt und hatte im neuen Staat maßgeblich an Einfluss gewonnen. Während die neuen Eliten zugleich die alten blieben, beschränkten sich die Einflussmöglichkeiten der im Bourdieu'schen Sinne weniger gut kapitalisierten Mitglieder der Bevölkerung in der Parteiendemokratie wesentlich auf bloße Akklamation – eine Mitgestaltung politischer Entscheidungen auf der Ebene parlamentarischer Praxis oder des Regierungshandelns war nicht vorgesehen. Zugleich schob sich zwischen die Ebene politischen Handelns auf den verschiedenen hierfür vorgesehenen Ebenen von der Kommune bis hin zum Staat die nur teilweise kontrollierte Herrschaft der Verwaltung. Wenngleich ihnen mehrheitlich die Systemanalyse des Philosophen wohl unbekannt war, begründeten die Schreiberinnen und Schreiber ihr Schreiben dennoch ähnlich wie dieser.

Anders als das verfassungsmäßig vorgesehene Instrument der Petition ermöglichte der Bürgerbrief den Schreibenden die Herstellung eines unmittelbaren Kontakts zu Gesetzgebung und Regierung. Der Bürgerbrief erweiterte damit die von der Verfassung gezogenen engen Grenzen politischer Kommunikation, die Schreibenden erschlossen sich einen neuen Handlungsraum (vgl. Zimmermann 2005, 2008). Die Briefe wurden zu Mittlern zwischen den Feldern der politischen Praxis der verschiedenen Schreiberinnen und Schreibern auf der einen und der „offiziellen“ Politik auf der anderen Seite. Die Anliegen der Schreiberinnen und Schreibern gelangten damit auf ein Feld politischer Praxis, das zwar einerseits nur sehr eingeschränkt auf eine Auseinandersetzung mit konkreten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vorbereitet war, andererseits aber – worauf noch zurückzukommen sein wird – seinerseits bereits zu Beginn der 1950er Jahre informelle Praktiken des Umgangs mit dem Schreiben entwickeln sollte. Mit dem ihm inhärenten Hin und Her von Anschreiben und Beantwortung verkörperte der Brief Reziprozität und damit ein klassisches Element persönlicher Herrschaft. Indem der Bürgerbrief einen direkten Kontakt zwischen Bürgerin und Bürger auf der einen und den politischen Repräsentanten auf der anderen Seite herstellte, fanden die Bedürfnisse, Interessen und Ansichten einzelner Bürgerinnen und Bürger auf hoher und höchster Ebene staatlichen Handels zumindest potentiell

¹⁵ Ebd., Nr. 67/1, 28.01.1972.

Gehör. Ob damit die von den Schreibenden allenthalben beklagte Klientelpolitik mehr als nur punktuell aufgebrochen werden konnte, muss allerdings bezweifelt werden.

Die persönliche Ansprache der Politiker durch den Bürgerbrief liest sich auch als Versuch, die Politiker unmittelbar in die Pflicht zu nehmen. Diverse Schreibtechniken der Personalisierung sollten einen von den Schreiberinnen und Schreibern gewünschten direkten, „menschlichen“ Kontakt ermöglichen. Mit dem „Landesvater“ imaginierte die vaterlose Nachkriegsgesellschaft in ihren brieflichen Anredeformeln einen scheinbar vertrauten Ansprechpartner. Diese Anrede entsprach zugleich den Selbst-Inszenierungen vieler Politiker auf öffentlicher Bühne. Schreibende und Politiker griffen damit gleichermaßen auf Formen zurück, die mit den Elementen der von der Historikerin Ute Frevert bereits für das 18. Jahrhundert analysierten „Gefühlspolitik“ vergleichbar sind (2012).

Ungeachtet der von ihnen jeweils gewählten sprachlichen Mittel nutzten alle Schreibenden den Brief als ein Medium, der ihnen Beteiligung ermöglichte, insbesondere an der Verhandlung der Verpflichtungen und Verbindlichkeiten der neuen Republik gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern. Die Bedingungen, unter denen der neue Staat dabei zur Heimat werden konnte, waren Gegenstand vieler Briefe. Eine häufige Erwartung der Schreiberinnen und Schreiber in diesem Zusammenhang war, dass sich die Demokratie in ihren jeweiligen Alltagen bewährte. Zeigten die Schreibenden bereits mit ihrer Nutzung des Briefes als Kommunikationsmittel, dass eine legitime Politik aus ihrer Sicht der gegenseitigen Wahrnehmung bedurfte, so verwirklichten letztlich erst die brieflichen Antworten der Politiker den durch die Schreibenden einseitigen begonnenen Prozess der Aushandlung.

6. Briefliche Antworten und widerstreitende Logiken

Grundsätzlich erhielt „jeder Brief eine Antwort“¹⁶ – ungeachtet ob es sich dabei um eine Petition oder einen Bürgerbrief handelte. Allerdings gab es einen, zumal aus Sicht der Schreibenden gravierenden Unterschied: Im Falle von Petitionen warteten Bürgerinnen und Bürger zwischen vier und sechs Monate, bei Bürgerbriefen dagegen nur maximal vier Wochen auf eine Antwort. Bemerkenswert ist auch das Engagement, mit dem man in einigen politischen Schaltzentralen auf Anliegen aus Bürgerbriefen einging, wobei das Spektrum von tätiger Hilfe bis hin zu einer „bloßen“ brieflichen Reaktion reichte. Oft bemühten sich die Referenten der Politiker um Klärung strittiger Sachverhalte, intervenierten in einzelnen Fällen zugunsten der Schreibenden, leisteten Aufklärung über behördliche Vorgänge und deren politische Grundlagen, rieten in Fragen der Lebens- und Berufsplanung und fanden im Falle von menschlichen Krisen Worte des Trostes. Hatten Bürgerinnen und Bürger sich in ihren Briefen kritisch zu Entscheidungen und (vermeintlichen) Versäumnissen des jeweiligen Politikers geäußert, so wurde die Kommunikation mit dem Wähler mitunter zur „Chefsache“. Der betreffende Politiker setzte sich persönlich mit der Schreiberin oder dem Schreiber auseinander. Diese persönliche und teils im Vergleich zum bürokratischen Ton der Antworten auf Petitionen ausgesprochen freundliche Reaktion auf Bürger-

¹⁶ Das Zitat stammt aus einem der Oral-History-Interviews, die zur Erhebung des nicht durch Geschäftsordnungen geregelten Umgangs mit Bürgerbriefen geführt wurden. Interview mit Prof. Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz, ehemaliger Richter und Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Göttingen 16.01.2011.

briefe entsprach zwar nicht immer inhaltlich, zumindest jedoch formal den Erwartungen der Schreibenden. Der Ton zwischen Politiker und Bürger wurde von letzteren als höflich wahrgenommen, ein wesentliches Ziel des Schreibens als einer auf Wahrnehmung setzenden Interaktion war damit erfüllt (vgl. auch Ebert 2001).

Für Politiker und ihre Mitarbeiter war die briefliche Kommunikation mit der Bevölkerung demgegenüber ein Balanceakt. Einerseits sahen sie in den massenhaften Schreiben aus der Bevölkerung einen Ausdruck ihrer Popularität. Der persönliche Austausch passte in eine Inszenierung von Politik, die auf den „Vorderbühnen“ der Macht (Goffmann 1969) zunehmend auf Privatheit setzte und damit auf die von den Bürgerinnen und Bürgern erwünschte „Menschlichkeit“. Andererseits gab es, worauf etwa der Germanist Helmut Ebert hingewiesen hat, eine Lücke in der Kommunikation zwischen Politikern und Mitgliedern der Bevölkerung (Ebert 2001). Diese „Verstehenslücke“ resultierte aus den widerstreitenden Logiken der verschiedenen Felder politischer Praxis. Während die schreibenden Bürgerinnen und Bürger nämlich auf die Personalisierung von Politik setzten, trachteten die Politiker entsprechend ihrer verfassungsmäßig vorgesehenen Rolle danach, ihr Verhältnis zur Bevölkerung zu verallgemeinern. Konkret ging es den Politikern darum, den von den Bürgerinnen und Bürgern mit ihren Briefen eröffneten informellen Kommunikations- und Handlungsraum zu begrenzen. Solcher Limitierungen ungeachtet, erzielten die Briefe in sehr unterschiedlicher Weise Wirkung. Auch hier vermag allerdings der Versuch der Quantifizierung nur einen Ausschnitt der Effekte zu erfassen; der Erfolg des Schreibens ist nur zu einem geringen Teil messbar.

7. Effekte des Schreibens

Weniger als einem Drittel aller Petitionen war in den ersten drei Jahrzehnten des Bestehens der Bundesrepublik auf föderaler Ebene Erfolg beschieden; auf staatlicher Ebene war die Erfolgsquote noch erheblich geringer (Fenske 2013: 389-391). Bei Bürgerbriefen waren zum Beispiel im Bundesland Niedersachsen etwa 15 Prozent der Briefe erfolgreich im Sinne der Schreibenden (ebd.). Da das Schreiben einen Akt der Selbstermächtigung darstellt, ist es nicht erstaunlich, dass einzelne Schreiberinnen und Schreiber bereits vor Eintreffen der jeweiligen Antwort allein aufgrund der Selbstaktivierung bereits selbstständig Lösungen für ihre Probleme gefunden hatten.

Wenn die Germanisten Claas Morgenroth, Martin Stingelin und Matthias Thiele bereits den körperlichen Akt des Schreibens als eine politische Handlung von Schriftstellerinnen und Schriftstellern bewerten (Morgenroth/Stingelin/Thiele 2012), so gilt dies in besonderem Maße auch für das Schreiben der Bundesbürgerinnen und -bürger. Sie sorgten mit ihren Briefen für eine Kontrolle des politischen Systems, regten einzelne Maßnahmen auf der Ebene von Gesetzgebung sowie Regierung an und stellten damit zumindest dem Anspruch nach das potentielle Eigenleben von Behörden, Verwaltung und Politik in Frage. Für Bürgerbriefe galt zudem, was eine Schreiberin mit der Formulierung treffend fasste, ihr Brief solle ein Stein auf dem Weg des Regierenden¹⁷ sein. Dem Potential nach behinderten die an den vorgesehenen Regulationen des Systems vorbei täglich in den Schaltzentralen der Macht eintreffenden Schreiben die Routinen des offiziellen Systems. Indem sie sich quer zu den vorgesehenen Me-

17 Handakten Dr. Georg Diederichs, Hauptstaatsarchiv Hannover, VVP 27, Nr. 59, Dezember 1969.

chanismen stellten, erzwangen die Briefe bis zu einem gewissen Grade auch eine Auseinandersetzung mit der Bevölkerung sowie deren aktive Beteiligung. In diesem Sinne wurde jeder Brief, wie ein Schreiber in den 1970er Jahren feststellte, selbst zum „Teil der Demokratie“¹⁸. Mit dem Schreiben versöhnten sich die Bürgerinnen und Bürger auch mit ihrer Machlosigkeit im politischen System, in dem sie zwar der eigentliche Souverän waren, letztlich aber wenig zu sagen hatten.

Schreiben bot damit nicht nur individuell Möglichkeit der Orientierung, schreibend setzten sich die Bürgerinnen und Bürger auch zum Staat in Beziehung. Dabei zeigten sie immer wieder, welche Praktiken aus dem offiziellen politischen Feld bei ihnen ankamen und was aus ihrer Sicht notwendig war, um sich heimisch zu fühlen und Loyalität zu entwickeln. Wenn man Selbst-Beheimatung auch als einen Prozess des Aneignens des Neuen und dessen Mitgestaltung versteht, so verdeutlichen die Briefe auch, wie langsam und allmählich dies in der neu gegründeten Republik geschah, wie viele Hürden manche Bürgerinnen und Bürger dabei zu überwinden hatten und wie viele Mitglieder der Bevölkerung sich anhaltend davon ausgeschlossen fühlten.

LITERATUR

- Adam, Jens und Asta Vonderau (Hg.) (2014): Formationen des Politischen. Anthropologie politischer Felder, Bielefeld. <http://dx.doi.org/10.14361/transcript.9783839422632>
- Almond, Gabriel und Sidney Verba (1963): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton/New Jersey.
- Barton, David und Uta Papen (Hg.) (2010): The Anthropology of Writing. Understanding Textually-Mediated Worlds, London/New York.
- Bender, Steffen (Hg.) (2009): Und darum wage ich es, zur Feder zu greifen. Briefe von Privatpersonen an Kaiser Wilhelm II, Frankfurt a.M. u. a.
- Betts, Paul (2010): Die Politik des Privaten. Eingaben in der DDR in: Daniel Fulda, Dagmar Herzog, Stefan L. Hoffmann und Till van Rahden (Hg.): Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichte des Privaten im deutschen Nachkrieg, Göttingen, 286-309.
- Binder, Beate (Hg.) (2013): Geschlecht – Sexualität. Erkundungen in Feldern politischer Praxis, Berlin.
- Binder, Beate (2008): Heimat als Begriff der Gegenwartsanalyse? Gefühle der Zugehörigkeit und soziale Imaginationen in der Auseinandersetzung um Einwanderung, Zeitschrift für Volkskunde, 104, 1-17.
- Bourdieu, Pierre (2001): Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft, Konstanz.
- Eberle, Henrik (Hg.) (2009): Briefe an Hitler. Ein Volk schreibt seinem Führer. Unbekannte Dokumente aus Moskauer Archiven – zum ersten Mal veröffentlicht, Bergisch-Gladbach.
- Ebert, Helmut (2001): Höflichkeit in Petitionen an den deutschen Bundestag. Eindrücke und Hypothesen aufgrund eines Ost-West-Vergleichs in: Heinz-Helmut Lüger (Hg.): Höflichkeitsstile, Frankfurt a. M., 233-246.
- Fenske, Michaela (2010), Alltag als Politik – Politik im Alltag. Dimensionen des Politischen in Vergangenheit und Gegenwart. Ein Lesebuch für Carola Lipp, Berlin.
- Fenske, Michaela (2013): Demokratie erschreiben. Bürgerbriefe und Petitionen als Medien politischer Kultur 1950-1974, Frankfurt/New York.
- Fiskesjö, Magnus (2003): The Thanksgiving Pardon, the Death of Teddy's Bear, and the Sovereign Exception of Guantánamo, Chicago.

18 Nachlass Alfred Kubel, Hauptstaatsarchiv Hannover, VVP 28, Nr. 45, 17.02.1972.

- Frei, Norbert, José Brunner und Constantin Goshler (Hg.) (2009): Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel, Göttingen.
- Frevert, Ute (2005): Neue Politikgeschichte. Konzepte und Herausforderungen in: Dies. und Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Bielefeld, 7-26.
- Frevert, Ute (2012): Gefühlspolitik. Friedrich II. als Herr über die Herzen? Göttingen.
- Frevert, Ute (2015): Die Macht der Gefühle: Politische Kommunikation zwischen oben und unten, in: <https://www.mpib-berlin.mpg.de/de/forschung/geschichte-der-gefuehle/projekte/emotionen-und-macht/die-macht-der-gefuehle-politische-kommunikation-zwischen-oben-und> (20.02.2015).
- Goffmann, Erving (1969): Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag, München.
- Götz, Irene, Klara Löffler und Birgit Speckle (1995): Briefe als Medium der Alltagskommunikation. Eine Skizze zu ihrer kontextorientierten Auswertung, in: Schweizerisches Archiv für Volkskunde 89, 165-183.
- Habermas, Jürgen (1961): Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurt Studenten, Neuwied.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt a. M.
- Lipp, Carola (1996): Politische Kultur oder das Politische und Gesellschaftliche in der Kultur, in: Wolfgang Hardwig und Hans-Ulrich Wehler (Hg): Kulturgeschichte heute, Göttingen, 78-111.
- Lütke, Alf und Peter Becker (1997): Akten, Eingaben, Schaufenster. Die DDR und ihre Texte: Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin.
- Manke, Sabine (2008): Brandt anfeuern. Das Misstrauensvotum 1972 in Bürgerbriefen an den Bundeskanzler. Ein kulturwissenschaftlicher Beitrag zu modernen Resonanz- und Korrespondenzphänomen, Marburg.
- Mitscherlich, Alexander und Margarete (1980): Die Unfähigkeit zu trauern, München, (13. Auflage).
- Morgenroth, Claas, Martin Stingelin und Matthias Thiele (Hg.) (2012): Die Schreibszene als politische Szene, Paderborn.
- Nentwig, Teresa (2013): Hinrich Wilhelm Kopf (1893-1961). Ein konservativer Sozialdemokrat, Hannover.
- Nikitsch, Herbert (2014): Handschrift und Tagebuch. Bemerkungen zum (auto)biographischen Erinnern, Österreichische Zeitschrift für Volkskunde, 117, 83-90.
- Schissler, Hanna (2001): ‚Normalization‘ as a Project. Some Thoughts on Gender Relations in West Germany during the 1950s, in: Dies. (Hg.): The Miracle Years. A Cultural History of West-Germany, 1949-1968, Princeton/Oxford, 359-375.
- Werner, Wolfram (Hg.) (2010): Hochverehrter Herr Bundespräsident! Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949-1959, Berlin/New York.
<http://dx.doi.org/10.1515/9783110232356>
- Winnicott, Donald W. (1975): The Child, the Family and the Outside World, Reprint Harmondsworth u. a.
- Zimmermann, Harm Peer (2005): Stimmen aus dem Volk. Bürgerbriefe an Helmut Schmidt anlässlich des Konstruktiven Mißtrauensvotums 1982, Vokus 15, 4-38.
- Zimmermann, Harm Peer (2008): Lebenswelt und Politik. Bürgerbriefe an Helmut Schmidt, in: Peter Janich (Hg.): Humane Orientierungswissenschaft. Was leisten Wissenschaftskulturen für das Verständnis menschlicher Lebenswelt, Würzburg, 203-226.